Quelle: www.lazarus.at/2021/12/21/impfverweigerung-mit-folgen-beschaeftigte-freigestellt

Impfverweigerung mit Folgen: Beschäftigte freigestellt

Tausende leere Betten in deutschen Pflegeheimen – jetzt geraten immer mehr Betreiber in wirtschaftliche Bedrängnis und verschärfen ihre Gangart. So etwa der Heimbetreiber ´Benevit´: Er hat 62 von rund 2.000 Beschäftigten unbezahlt vom Dienst freigestellt, weil sie sich nicht gegen Corona impfen lassen wollten bzw. kein befreiendes Attest vorlegten.

Nach Corona-Ausbrüchen in diverseen Pflegeheimen hatte Benevit-Geschäftsführer Kaspar Pfister dies bereits im November angekündigt. 241 Mitarbeitende liessen sich daraufhin impfen, berichtet der Evangelische Pressedienst. Weitere elf Beschäftigte legten ein ärztliches Attest vor, acht einen Antikörper-Nachweis. „Bei 13 Mitarbeitenden wird das Arbeitsverhältnis durch Kündigung bzw. Aufhebungsvertrag beendet“, sagte Pfister. Gleichzeitig seien aber 68 Mitarbeiter*innen neu eingestellt worden oder aus Mutterschutz oder Elternzeit zurückgekehrt, berichtet der epd weiter.

Aktuell haben rund 96 Prozent der Mitarbeitenden einen Immunitätsstatus, seien also entweder geimpft, genesen, hätten Antikörper oder ein ärztliches Attest. „Da sich nun täglich weitere Mitarbeiter*innen zu einer Impfung entschliessen, hoffe

ich, im Januar 2022 auf 98 Prozent zu kommen“, sagte Pfister gegenüber dem epd.

Kommentar:

Dass die Beschäftigten in den Pflegeheimen – im Falle der Einführung der „einrichtungsbezogenen Impfpflicht“ durch den Bundestag – scharenweise aus dem Beruf flüchten, hat sich als völlig unbegründete Sorge herausgestellt. Weitaus schwerer dagegen wirkt der Vertrauensverlust durch die Corona-Ausbrüche und zahlreichen Todesfälle, der viele Menschen vor einem Heimeintritt zurückschrecken und tausende Betten leer stehen lässt.

Diese existenzielle Bedrohung zahlreicher Pflegeheime wollen Betreiber nun offenbar durch rigoroses Durchgreifen gegenüber Impfverweigerern abwenden und den bereits entstandenen Schaden – spät, aber doch – begrenzen. Dies ist ebenso legitim wie legal, wie auch aus wirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Schliesslich geht es dabei um -zigtausende Arbeitsplätze in der gesamten stationären Altenarbeit.

Erich M. Hofer